

An die Eltern
 der Kindertagesstätten
 der Freien und Hansestadt Hamburg

www.attac.de/hamburg

Hamburg, im September 2010

**Kita-Gebührenerhöhung zum neuen Schuljahr:
 Nicht „die Wirtschaftskrise“ ist schuld, sondern eine falsche Politik!**



Liebe Eltern,

zum neuen Schuljahr hat der Senat die Eigenbeteiligung für die Kinderbetreuung in den Kitas erhöht. Zur Begründung heißt es:

vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und den damit verbundenen massiven Einnahmeverlusten für den Hamburger Haushalt, hat der Senat im November 2009 beschlossen, die Eltern sozial abgestuft stärker an den Kosten der Kinderbetreuung zu beteiligen.

Leider sagt der Senat die Unwahrheit. Richtig wäre:

Weil

- der Hamburger Haushalt wegen der überflüssigen Rettung der Landesbank massiv verschuldet wurde,*
 - die Politik nicht bereit ist, die notwendigen Reformen der Finanzmärkte durchzuführen, und*
 - sie auch nicht bereit ist, die Profiteure der deregulierten Finanzmärkte zur Finanzierung dieser Rettung heranzuziehen,*
- hat der Senat beschlossen, seine Rettungsmaßnahme auf Kosten der Zukunft der Kinder zu finanzieren.*

Wir möchten diesen Sachverhalt erläutern und Vorschläge machen, was getan werden kann.

Die Rettung der Landesbank: sinnlos und teuer

Landesbanken dienten früher der Unterstützung der Sparkassen. Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein ist die HSH-Nordbank. Durch eine Entscheidung der Europäischen Union verloren die Landesbanken ihre Geschäftsgrundlage. Statt sie aufzulösen, macht die HSH vor der Wirtschaftskrise Finanzgeschäfte mit fragwürdigen Anlagen, die durch die Deregulierung der Finanzmärkte ermöglicht worden waren. Bei Eintritt der Krise hatte die HSH daher große Zahlungsverpflichtungen, denen sie nicht mehr nachkommen konnte. Sie war pleite.



Normalerweise schickt man ein Unternehmen, das pleite ist, in die Insolvenz. Damit können Zahlungsverpflichtungen verringert werden. Die Politik entschied sich stattdessen, die Haftung für sie zu übernehmen. Hamburg hat bisher 2,5 Milliarden Euro in die HSH eingezahlt und Garantien für weitere 5 Milliarden übernommen. Der Haushalt beträgt lediglich 11 Milliarden Euro.

Das ist ein wesentlicher Grund, warum die Stadt in Finanznot geraten ist. Der Senat lenkt von seiner unverantwortlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik ab, wenn er pauschal auf „die Wirtschaftskrise“ verweist.

Die Reform der deregulierten Finanzmärkte: gescheitert

Wie die Pleite der HSH, hat auch die Wirtschaftskrise ihre direkte Ursache in den deregulierten Finanzmärkten. Begrenzungen für Finanzgeschäfte wurden aufgehoben, neue, immer spekulativere Kapitalanlagen wurden zugelassen, oder sogar steuerlich begünstigt. Bisherige umlagefinanzierte Sozialsysteme wurden in Kapitalanlagen umgewandelt. Privatisierungen, öffentlich-private Partnerschaften usw. dienen letztlich ebenfalls der Schaffung von Finanzmarktprodukten.

Die Einkommen aus Kapitalanlagen sind immer mehr angestiegen. Im Verhältnis dazu sind die Löhne immer mehr gesunken. Entsprechend wurde weniger in die produktiven Bereiche der Wirtschaft und mehr in die spekulativen Anlageformen investiert. Dass ein solches Ungleichgewicht früher oder später in die Krise führt, war in Fachkreisen wohlbekannt.

Im Jahr 2007 platzte die Blase. Die führenden Politiker haben auch erkannt, dass die Deregulierungspolitik eine Ursache der Wirtschaftskrise war. Auf dem G8-Gipfel 2008 haben sie acht Maßnahmen vorgeschlagen, die nach eigener Einsicht das Minimum nötiger Reformen darstellt — bis heute wurde nicht eine einzige dieser Maßnahmen umgesetzt.



In Deutschland wurde bisher nur ein „Rettungsfonds“ eingerichtet. In ihn wird jährlich eine Milliarde Euro eingezahlt (zum Vergleich: die Gesamtverschuldung, die durch die Wirtschaftskrise entstanden ist, beträgt über 200 Milliarden Euro). Einzahlen müssen neben Privatbanken auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die wenig zur Krise beigetragen haben und bei denen Kleinsparer ihr Geld untergebracht haben. Die Betreiber der spekulativeren Finanzprodukte werden dagegen nicht herangezogen.

Die Profiteure der deregulierten Finanzmärkte: aus dem Schneider

Die Deregulierungspolitik der letzten Jahrzehnte, zusammen mit Sozialabbau und Förderung von Lohndumping, ist eine Politik, die die Reichen begünstigt und der großen Masse der Bürger geschadet hat. Während des Krisenjahres 2008 haben auch die Reichen etwas an Vermögen eingebüßt. Diese Verluste haben sie aber, nach einschlägigen Berichten von Beratungsgesellschaften, inzwischen wieder wettmachen können.

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ steht im Grundgesetz, das Politiker in ihren Sonntagsreden feiern. Hamburg ist eine der Städte Europas, in der im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Millionäre leben. Sie haben am meisten von der Politik profitiert, die in die Krise geführt hat, ihre Vermögensbestände haben sich wieder erholt. Es gibt aber keinen politischen Willen, sie durch eine entsprechende Besteuerung zur Finanzierung der Schäden dieser Politik heranzuziehen.

Immer weniger Menschen werden immer schneller immer reicher, eine immer größere Zahl wird ständig ärmer. Eine Schere, die immer mehr den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht. Millionäre brauchen keine Kitas, sie können sich Kindermädchen leisten. Es sind aber die Kita-Eltern, die zur Finanzierung einer Politik herangezogen werden, die überflüssige Banken für viel Geld rettet aber keine Maßnahmen beschließt um die Strukturen zu beseitigen, die Krisen verursachen und den Reichen das Einkommen für ihre Kindermädchen bescheren.



Was kann für eine Politik getan werden, die wieder am Gemeinwohl orientiert ist?

Am Donnerstag, den **14. Oktober** machen wir zu diesen Themen eine Veranstaltung zusammen mit dem Alternativen Wohlfahrtsverband (SOAL) und allen Interessierten: Ab 19.30 Uhr in der SOAL-Galerie, Große Bergstraße 154, Hamburg-Altona.

Am Mittwoch, den **29. September** wird sich Attac Hamburg am europaweiten Protesttag gegen Sozialabbau um 15 Uhr eine Aktion vor der HSH-Nordbank. Am Donnerstag, den **30. September** beteiligt sich Attac an der Menschenkette „Gerecht geht anders“ zwischen Elbphilharmonie und Finanzbehörde (17 Uhr, Auf der Reesendammbücke). Im Oktober sind viele weitere Aktivitäten geplant.

Attac Hamburg hat eine Arbeitsgruppe, die sich mit den **Finanzmärkten** beschäftigt, und außerdem im Juli 2010 die **AG Sozialpolitik** gegründet.

Man kann Abgeordneten, Senatoren und Parteien Briefe schreiben, sie auf ihren Veranstaltungen besuchen, in ihren Büros oder wenn sie in der Bürgerschaft tagen und sie daran erinnern, dass sie sich dem Wohle der Allgemeinheit und nicht dem Wohlstand einiger weniger verpflichtet haben. Letztlich bedeutet Demokratie aber auch, dass Bürger keinen Vormund brauchen, um ihre Angelegenheiten zu regeln.

Es gibt sicherlich noch vieles, was getan werden kann, auf das die Aktiven bei Attac allein nicht kommen. Je mehr Menschen sich engagieren, desto größer der Einfallreichtum. Es kommt darauf an, die Passivität zu überwinden und anzufangen, politisch für die Zukunft unseres Gemeinwesens zu handeln, für die Zukunft unserer Kinder.

Liebe Grüße!
Attac Hamburg

P.S. Dieser Text, weitere Materialien zum Thema und alle Termine sind auf unseren Webseiten zu finden.